

Anmerkung unseres Lesers G.K.: Der hier zitierte Beitrag der Frankfurter Rundschau ist mit dem Kürzel "dpa" gekennzeichnet. Nicht zum ersten Male fällt auf, daß sich die Deutsche Presseagentur (dpa) in den Dienst der konservativen sowie neoliberalen Propaganda stellt. So unterschlägt dieser dpa-Beitrag beispielsweise die bereits in den Radionachrichten von heute früh publizierte Stellungnahme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Markus Grabka, Sozialexperte des DIW, warnt in der Süddeutschen Zeitung davor, die Zahlen überzubewerten. "Kinderarmut bleibt das zentrale sozialpolitische Problem in Deutschland." Wenn Eltern mit ihren Kindern aus Hartz IV rauskämen, sei das längst keine Garantie, nicht von Armut betroffen zu sein. Das Risiko bestehe gerade auch für Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten.

Weiter heißt es in dem dpa-Beitrag der Frankfurter Rundschau:

"Die Zahlen sind Wasser auf die Mühlen von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU): „Die Kinderarmut in Deutschland sinkt, das ist ein gutes Zeichen“, sagte die Ministerin am Donnerstag in Berlin. Sie betrachte die Entwicklung als Ergebnis der zurückliegenden Reformen am Arbeitsmarkt."

Diese Zahlen sollen nicht nur Wasser auf die Mühlen von Frau von der Leyen sein, sondern ebenso auf die Mühlen der Bundesagentur für Arbeit (die sich einmal mehr in den Dienst der neoliberalen Arbeitsmarkt-"Reformen" stellt) sowie der dpa. Der Verweis von Markus Grabka (DIW) auf den hiesigen Niedriglohnssektor, der sich in den vergangenen Jahren als Folge der "Agenda 2010" massiv ausgeweitet hat, ist mehr als berechtigt. War der angelsächsische Terminus "Working poor" bis in die 90er Jahre hinein ein negatives "Markenzeichen" ausschließlich des US-Arbeitsmarktes, so ist der eingedeutschte Terminus "Arm trotz Arbeit" auch hierzulande längst traurige Wahrheit geworden.

Ein weiterer Passus aus dem in der Frankfurter Rundschau veröffentlichten dpa-Beitrag schlägt dem Fass jedoch geradezu den Boden aus:

"Die Grenze zur Armut ist festgelegt durch das durchschnittliche Einkommen: Wer nach EU-Definition weniger als 60 Prozent des Durchschnitts verdient, gilt als arm. (...) Dass die Armutsgrenze durch eine Prozentzahl festgelegt ist, ist nicht unproblematisch. Der Armutsbegriff ist damit relativ: So lange die Einkommen unterschiedlich sind, kann Armut per Definition nie verschwinden. Würden sich etwa die Einkommen aller Bundesbürger verdoppeln, wären die Armen immer noch arm - gemessen an den Reichen."

Zunächst einmal: Der dpa-Wirtschaftsredaktion sollte eigentlich bekannt sein, daß in die Armutdefinition nicht das Durchschnittseinkommen, sondern das Medianeinkommen einfließt. Die Höhe des Medianeinkommens liegt unterhalb des Durchschnittseinkommens. Mit der Verwendung der falschen Kenngröße "Durchschnittseinkommen" wurde in der Vergangenheit von zahlreichen Medien neoliberaler Schindluder getrieben. Siehe z.B. den BILDblog-Beitrag "Mitte(l)lose Milchmädchen".

<http://www.bildblog.de/8055/mittellose-milchmaedchen/>

Wesentlich gravierender jedoch ist die dpa-Behauptung, der relative Armutsbegriff sei "nicht unproblematisch", denn: "Würden sich etwa die Einkommen aller Bundesbürger verdoppeln, wären die Armen immer noch arm - gemessen an den Reichen." Ist der dpa-Wirtschaftsredaktion nicht bekannt, daß Forschungsergebnisse der sog. "Glücksforschung" klar aufzeigen, daß die Armutsdefinition nicht absolut gesetzt werden sollte, sondern in Abhängigkeit vom Wohlstandsniveau einer Gesellschaft zu sehen ist? Konkret formuliert: Möchte die dpa-Wirtschaftsredaktion suggerieren, hierzulande gäbe es faktisch keine Armut, sofern man das absolute Armutsniveau armer Volkswirtschaften als Bezugsbasis nimmt, frei nach dem Motto: "Im Vergleich zu den Armen in der Sahel-Zone geht es den Armen hierzulande doch blendend!?" Sollte dies die Intention der dpa-Wirtschaftsredaktion sein, dann wäre dies neoliberal-elitärer Zynismus in Reinkultur!

Und überhaupt: Warum spricht die dpa-Wirtschaftsredaktion ausschließlich von einer "Verdoppelung" der Einkommen? Mit der gleichen Berechtigung müßte sie dann auch die Konsequenzen aufzeigen, die bei einer "Halbierung" der Einkommen drohen. Aber richtig: Dies würde sich dummerweise störend auf die neoliberale Intention des dpa-Beitrages auswirken.

Der Blick in die Daten zur Einkommensentwicklung der Jahre 2000 bis 2005 sowie 2005 bis 2010 auf Basis des Sozioökonomischen Panels (siehe DIW-Wochenbericht 45 2011: "Reallöhne 2000 bis 2010: Ein Jahrzehnt ohne Zuwachs") zeigt:

[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.388565.de/11-45.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.388565.de/11-45.pdf)

-- Im Zeitraum 2000 bis 2005 hat sich der Median des Netto-Erwerbseinkommens aller abhängig Beschäftigten real um 1,8 Prozent vermindert.

-- Im Zeitraum 2005 bis 2010 hat sich der Median des Netto-Erwerbseinkommens aller abhängig Beschäftigten real um 0,5 Prozent vermindert.

Diese Daten berücksichtigen die Löhne und Gehälter, nicht jedoch die Gewinn und Vermögenseinkommen. Auf die prozentuale Veränderung der Medianeinkommen dürften diese jedoch kaum Einfluß haben, da sich die kräftigen Einkommenssteigerungen für Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen in aller Regel weit oberhalb des Niveaus der Medianeinkommen abspielen.

Die Daten zur Veränderung der Medianeinkommen zwischen 2000 und 2005 sowie 2005 und 2010 zeigen, wie haltlos die propagandistisch motivierte dpa-Kritik am Konzept des relativen Armutsbegriffs ist. Von einer "Verdoppelung" der Einkommen kann keine Rede sein! Im Gegenteil: Die realen Nettoerwerbseinkommen haben sich in beiden Zeiträumen sogar reduziert.

Die Deutsche Presseagentur betätigt sich mit diesem Beitrag entgegen ihres eigentlichen Auftrages, die Medien und andere interessierte Stellen möglichst wertfrei mit Nachrichten zu versorgen, als unkritisches Sprachrohr der neoliberalen Ideologen. Dies ist v.a. deshalb ärgerlich, weil die dpa-Beiträge von den Zeitungsredaktionen häufig unverändert übernommen werden. Die dpa sollte sich

ernsthaft die Frage stellen, ob es mit ihrem Auftrag vereinbar ist, die deutsche Medienlandschaft mit dümmlicher Politpropaganda zuzumüllen. Dies auch vor dem Hintergrund, daß diese sehr zweifelhafte dpa-"Nachrichten"-Versorgung in der Vergangenheit bereits des öfteren zu beobachten war. Siehe hierzu den NachDenkSeiten-Beitrag "Klären Sie bitte in Ihrem Umfeld über die irreführende Berichterstattung von dpa auf und empfehlen Sie Ihrer Zeitung die Kündigung des dpa-Abbos" sowie die dort verlinkten Beispiele.

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=7671>